

Ernst Prost will mehr Steuern zahlen

Interview Der Leipheimer Unternehmer fordert, dass Vermögende in Deutschland mehr abgeben sollen

VON DOMINIK MAI

Leipheim / Ulm Die Schuldenkrise hat Europa fest im Griff: Immer mehr Länder haben mit ihrer enormen Verschuldung zu kämpfen. In Deutschland hingegen diskutiert die schwarz-gelbe Koalition über Steuerensenkungen. Dass dies kein Weg aus der Krise ist, davon ist Ernst Prost überzeugt. Der Inhaber des Ulmer Schmiermittelherstellers Liqui Moly, der im Leipheimer Schloss lebt, fordert, dass Vermögende in Deutschland mehr Steuern zahlen müssen. Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftern hat Prost die Initiative „Vermögensteuer jetzt!“ gegründet.

Herr Prost, Sie verdienen als Firmenchef viel Geld. Wollen Sie davon wirklich freiwillig etwas abgeben?

Prost: Ja, das will ich. Vermögende müssen in Deutschland mehr Steuern zahlen. Auch Firmen, die ihr in Deutschland gut verdientes Geld

trickreich hin- und herschieben und sich Steueroasen suchen, sollen zahlen. Mit diesen Einnahmen müssen dann die Staatsschulden abgebaut werden. Unternehmer dürfen nie mehr ausgeben als sie einnehmen, sonst sind sie pleite.

Ist die Situation in Deutschland wirklich so schlimm?

Prost: 1969 war das letzte Jahr mit einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. Über 2000 Milliarden Euro Schulden haben wir. 30 Milliarden neue Schulden macht Herr Schäuble allein dieses Jahr. An Zinsen für die Schuldenlast zahlen wir jährlich etwa 40 Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt für Bildung. Wenn wir die Schulen nicht abtragen, dann wird unsere Gesellschaft auseinanderbrechen.

Was fordern Sie genau?

Prost: Die Steuergeschenke der letzten zwei Jahrzehnte an Wohlhabende, Vermögende und Reiche können

nicht mehr aufrechterhalten werden. Gemolken wurde bei den Arbeitern, Handwerkern und kleinen Betrieben. Deshalb fordere ich konkret, den Spitzensteuersatz, der momentan bei 42 Prozent liegt, wieder anzuheben. Zudem soll die Kapitalertragssteuer auf Gewinne und Dividenden, die derzeit 25 Prozent beträgt, an die Einkommenssteuer angepasst werden.

Was halten Sie von einer Finanztransaktionssteuer?

Prost: Es ist aus meiner Sicht nicht richtig, dass Einkommen aus Arbeit mit bis zu 42 Prozent höher besteuert wird, als Gewinne aus finanzwirtschaftlichen Transaktionen. Allein mit einer Finanztransaktionssteuer könnten in diesem Jahr 30 Milliarden Euro eingespart werden – das ist das, was Deutschland 2011 an Schulden macht. Auch die 1997 abgeschaffte Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden – vor allem auf große Vermögen.



Unternehmer Prost fordert, dass Vermögende wie er mehr Steuern zahlen müssen. Foto: Stefan Puchner/dpa

Was soll mit dem Geld passieren?

Prost: Der Staat muss lernen, endlich verantwortungsvoll und sparsam mit unserem Geld, spricht mit

den Steuereinnahmen, umzugehen. Die Misswirtschaft der Politik, die den Wert des Geldes nicht mehr kennt und dem Rausch des Schulden-Machens zum Zwecke von Wahlgeschenken erlegen ist, muss aufhören. Politiker wollen mit Steuerersprechen ihre Macht sichern. Es macht keinen Sinn, 30 Milliarden Euro mehr Steuern einzunehmen und diese dann postwendend unsinnig mit beiden Händen wieder zum Fenster hinauszuwerfen. Also: strikter Sparkurs, konsolidierter Haushalt, Ausgabenkürzungen und vor allem massives Abschaffen aller möglichen unsinnigen Subventionen. Alles andere wäre unverantwortlich und fahrlässig.

Sehen das viele Reiche so wie Sie?

Prost: Für diese Forderungen habe ich viel Zuspruch bekommen. Ich kenne einige, die gerne freiwillig etwas abgeben würden. Deutschland darf nicht kaputt gehen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.